

Kultur statt Budgetdebatte im Ustermer Gemeinderat

Die Abstimmung vom Sonntag über die städtische Galerie Villa am Aabach hat am Montag den ersten Teil der Budgetdebatte im Ustermer Gemeinderat dominiert. Der geplante Weg, das städtische Kulturbudget von 2,9 Millionen Franken um 50 000 Franken zu kürzen, wurde nämlich mit 30 zu 1 Stimme abgeschmettert. Dies mit kräftiger Unterstützung jener bürgerlichen Parteien, die den Antrag in der vorbereitenden Kommission gestellt und gewonnen hatten. Knapp 60 Prozent des Stimmvolkes hatte am Montagabend der städtischen Galerie Villa am Aabach ein neues Trägerschaftsmodell verweigert und war damit der SVP-Parole gefolgt. Die Unklarheit des Abstimmungsergebnisses sorgte für ein politisches Erdbeben und hatte am Montag verschiedene Fraktionserklärungen im Parlament zur Folge. Stadtpräsident Martin Bornhauhnahm deren Tenor auf, als er dem Rat verriet, die Ausrichtung der Villa am Aabach solle sich ändern. Bereits zuvor hatten Sprecher der SVP- und der FDP-Fraktion erklärt, dass sie ihren eigenen Kürzungsantrag nicht unterstützen würden. Dass sich die Stadt Uster für 2,9 Millionen für Kulturelles leisten kann, ist deutlich im angekündigten Antrag von SVP und FDP, den Ustermer Steuerfuss um 3 Prozent zu kürzen. Dieser Entscheid fällt aber erst nächsten Montag; nach fünfständiger Debatte hat das Ustermer Parlament seine Budgetdebatte vertagt.

noch vorhanden. Die Fallhöhe beträgt 1,1 Meter, doch könnte mit einer Sohlen-Absenkung im Kanal die Fallhöhe um 30 Zentimeter erhöht werden. Der Stadtrat weist jedoch darauf hin, dass sich mit einer derart geringen Fallhöhe die Turbinen wegen zu geringer Energieproduktion und zu hoher Investitionskosten nicht effizient betreiben liessen. Am Standort Hochbord müsste eine komplett neue Anlage erstellt werden. Mit einer Fall-

werden. Er lädt den Verwaltungsrat der stadteigenen Glattwerk AG ein, seine Meinung über ein mögliches Engagement zur Realisierung eines Kraftwerks kundzutun. Ein weiterer Schritt wäre die Erarbeitung einer fundierten Vorstudie im Hinblick auf einen Projektierungskredit. Die Abklärungen müssten auch Verhandlungen mit der Gemeinde Wallisellen über eine gemeinsame Energienutzung enthalten.

Ratssitzung im «Capitol»

Nur die SVP verweigert sich dem «Filmklub»

bto. Kantonsratspräsident Hartmuth Attenhofer (sp., Zürich) scheint als der Vorsitzende in die Geschichte eingehen zu wollen, der den Rat an allerlei ungewöhnlichen Orten zusammenkommen lässt. In eine Synagoge lud er ihn schon, nach Kappel zum Milchsuppe-Essen und in die Sunrise-Towers in Zürich Schwamendingen. Gestern Montag entliess er den Rat am Morgen eine Stunde früher, damit sich dieser im Kino Capitol den Film «An Inconvenient Truth» ansehen konnte. Der einstige amerikanische Vizepräsident Al Gore ruft darin eindringlich zum klimapolitischen Umdenken auf. Eingeladen zum Film hatten die beiden FDP-Kantonsräte Thomas Heiniger und Thomas Vogel, die die Privatvorführung auch bezahlten.

Ohne Nebentöne ging der Kinobesuch freilich nicht über die Leinwand. Die SVP hatte sich schon vorzeitig abgemeldet. Der Kantonsrat sei kein Filmklub, so Fraktionschef Alfred Heer. Und

kurz vor dem Abmarsch zum «Capitol» entlud sich im Ratssaal ein ganzer Reigen von Erklärungen: Die SP wunderte sich über das plötzlich aufscheinende ökologische Gewissen der FDP, und die Grünen gaben ihrer Hoffnung Ausdruck, dass die FDP im Kino etwas lerne. Die CVP bezeichnete den Kinobesuch schliesslich als eine Grauzone zwischen Wahlkampf und Weiterbildung, was beides in der Freizeit stattzufinden habe. Die Stunde koste die Steuerzahler 10 000 Franken Sitzungsgeld.

Die Gesellschaft machte sich dann doch auf, und im Kino waren schliesslich Mitglieder aus allen Fraktionen anzutreffen. Selbst aus der SVP: Logistikunternehmer Heinrich Frei aus Kloten hält die Erderwärmung für ein derart bedenkenswertes Problem, dass er selbst schon sein Kader zum Filmbesuch eingeladen hat. Was nicht heisse, dass man bei der Lösung des Problems nicht verschiedene Wege gehen könne, wie er anfügte.

aber auch, dass im Hinblick auf die entscheidende Gemeindeversammlung die Gesamtsicht gegenüber Partikularinteressen gestärkt wird.

Freienbachs Budget im Zeichen der Stabilität

Keine Steuerfussenkung geplant

wbt. Die Gemeinde Freienbach (SZ) beabsichtigt im Gegensatz zu den Nachbargemeinden Wolterau und Feusisberg keine Steuerfussenkung. Der Gemeinderat beantragt der Gemeindeversammlung die Beibehaltung des bisherigen Satzes von 85 Prozent einer Einheit. Zwar sehen die Ertragsprognosen weiterhin günstig aus, aber in Freienbach beginnt eine Phase grosser Investitionen, die möglichst rasch abgeschlossen werden sollen. Budgetiert wird 2007 ein Gesamtertrag von 80,3 Mio. Fr., dem ein Aufwand von 80,1 Mio. Fr. gegenübersteht. Davon werden voraussichtlich 9,6 Mio. Fr. in den Finanzausgleich fliessen und 9,2 Mio. Fr. für Abschreibungen eingesetzt. Erstmals werden im Rahmen eines vierjährigen Versuchs in sieben Bereichen Leistungsaufträge und Globalbudgets ausgewiesen. Ähnlich will Freienbach den sich abzeichnenden Rechnungsüberschuss für 2006 verwenden. Budgetiert war ein Defizit von knapp 3 Mio. Fr. Das Ergebnis dürfte rund 10 Mio. besser ausfallen, wie Finanzvorsteher Marco G. Walser am Montag vor den Medien ausführte. Der Gemeinderat werde deshalb zusätzliche Abschreibungen von 5,8 Mio. Fr. zulasten der Rechnung 2006 beantragen.